

# Die Prognosen bis 2035: Das bringt die Zukunft für alle Grazer

Sieben unangenehme Themen, sieben überraschende und erschreckende Prognosen: vom Arbeiten bis 70 bis zum Wohnen.

DIDI HUBMANN, MICHAEL SARIA, GERALD WINTERPÖLSLER

Der Vortrag des Demografie-Experten Bernd Raffelhüschen beim letzten ÖVP-Stadtparteitag war amüsant – mit Gänsehautfaktor. Der Berater von Angela Merkel sprach das direkt an, was Politiker sonst gerne in Watte verpacken. Die Stadt-VP hatte den Mut, Unangenehmes zuzulassen. Zum Beispiel, wenn Raffelhüschen sagt: „Der Rentner 2035 ist nicht zukünftig, er ist schon da. Jetzt halt noch

mitten im Arbeitsleben.“ Keine Familienpolitik könne da helfen, 2035 gebe es mehr Alte als Junge. „Unsere Vergangenheit können wir nicht ändern: Wir müssen deshalb bestimmt länger arbeiten.“ Geschieht das nicht, breche das Pensionssystem zusammen. Es war nicht die einzige Provokation, die er anbrachte. Aber was bedeutet das für den Großraum Graz? Wir haben lokale Experten mit sieben unangenehmen Themen zur Zukunft in Graz konfrontiert – die Prognosen sind überraschend und erschreckend.

**100**

**Pflegebetten** pro 1000 über 75-Jährige werden wir brauchen – derzeit haben wir gerade 80.

**128.860**

**Wohnungen** gibt es in Graz. Davon sind 27.256 vor 1919 errichtet worden und 17.857 seit dem Jahr 2001.

**23,5**

**Prozent** aller Grazer werden im Jahr 2045 über 65 Jahre alt sein. Heute sind es 17,2 Prozent.

**132**

**Millionen Euro** sind für den Ausbau der Grazer Schulen vorgesehen – und zwar bis zum Jahr 2020.

**45.000**

**Fahrzeuge** sausen täglich über den Bahnhofsgürtel, die stärkst befahrene Straße. Platz zwei: das Glacis.



**1**

## Mehr Alte, gleich viele Junge

Graz wächst. Das ist jetzt nicht mehr die große Neuigkeit. Aber das Tempo dieses Wachstums überrascht selbst Experten. Prognosen, die vor vier Jahren erstellt wurden, sind von der Realität längst überholt worden. Aktuell leben in Graz 265.778 Personen mit Hauptwohnsitz. Vor 15 Jahren waren es nur 226.244. Und der Pfeil zeigt weiter steil nach oben: Eine aktuelle Prognose der Landesstatistik Steiermark sagt für 2020 274.000 und für 2030 287.000 Bewohner voraus. Die

Schallmauer von 300.000 würde demnach im Jahr 2045 geknackt werden. Der Anteil der über 65-Jährigen nimmt dabei immer mehr zu, der Anteil der unter 20-Jährigen bleibt stabil. Heute sind 18,1 Prozent aller Grazer unter 20 und gut 17,2 Prozent über 65. Im Jahr 2025 werden erstmals mehr Alte als Junge in Graz leben – 52.800 zu 51.400. Im Jahr 2030 werden 18,3 Prozent Junge und 20,4 Prozent Alte prognostiziert und 2045 17,7 Prozent unter 20-Jährige zu 23,5 Prozent über 65-Jährige.

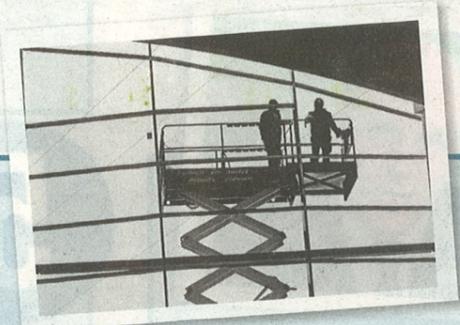


**2**

## Kampf um sozialen Wohnbau

Für KP-Stadträtin Elke Kahr steht fest: Man brauche ein soziales Wohnbauprogramm für die Zukunft, um Wohnen für alle leistbar zu machen. Das sei aber nicht zu realisieren, kritisiert Kahr. Grazer Arbeitnehmer zahlen zwar einen Wohnbauförderbeitrag, aber dieser fließe nicht für das soziale Wohnbaubudget nach Graz zurück – sondern ins Landesbudget. „Man hat die Zweckwidmung für den Förderbeitrag abgeschafft. Jetzt werden damit andere Dinge im Land bezahlt. Das muss aufhören.“

Und was prophezeit die Immobilien-Branche? Franz Meiregger, einer der Geschäftsführer von Raiffeisen-Immobilien, sagt, man müsse in Zukunft in Top-Lagen die Grazer Dachgeschosse stärker nutzbar machen. Projekte wie Reininghaus oder in Puntigam würden den allgemeinen Wohnbedarf gut abdecken. Die Kaufpreise seien laut Meiregger auf einem hohen Niveau und werden sich „nicht anders als die Kaufkraft entwickeln, also zwei, drei Prozent plus pro Jahr“.



## KOMMENTAR

DIDI HUBMANN

## Lähmend

Sie werden ein Pflegefall, das liegt in der Natur der Sache. Sie haben keine Pflege-wahrscheinlichkeit, sondern Demenzgarantie.“

Mit diesen bewussten Provokationen arbeitete der Demografie-Experte Bernd Raffelhüschen auch in Graz. Er hat Erfolg, weil er wachrüttelt – bei vielen Themen (Seiten 32–35). Er berät übrigens auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel.

Dass er so provokativ argumentiert, ist kein Zufall. Politiker denken lieber in Wahlperioden statt an die Zukunft.

Bestes Beispiel in Graz: Wir steuern auf eine von Politikern verursachte Krise im sozialen Wohnbau zu.

Der von jedem Arbeitnehmer automatisch eingehobene Wohnbauförderbeitrag versickert nach Umwegen zum Bund unter anderem im Landesbudget. Die ursprüngliche Zweckwidmung? Längst vergessen, es geht darum, Budget-Löcher zu stopfen – das bestätigen Grazer Stadtpolitiker genauso wie Immobilienexperten. Und was passiert? Nichts.

Stadt Graz und Land sind sich uneins, egal, ob es um den Wohnbau oder Verkehr geht. Gelder verschwinden, während klar wird, dass sich da zwei im Weg stehen, die eigentlich für die Menschen und deren Zukunft da sein sollten. Diese lähmende Pattsituation führt das politische System ad absurdum. Die Sinnfrage darf, ja muss gestellt werden.

Wieso brauchen wir so viel Verwaltung und Politik, wenn so wenig dabei herauskommt?

Sie erreichen den Autor unter [didi.hubmann@kleinezeitung.at](mailto:didi.hubmann@kleinezeitung.at)